

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
181 · Ausgabe CH · April 2019  
AZB 3001 Bern



## Weniger Waffen. Weniger Waffengewalt.

Am 19. Mai stimmt die Schweiz über die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie ins Schweizer Recht ab. Diese Richtlinie bietet mehr Schutz vor Waffengewalt und stellt die Reisefreiheit im Schengenraum sicher. Seiten 14 und 15

### INTERVIEW

Nationalrat und Hausarzt Angelo Barrile erklärt, welche Sorgen seine Patientinnen und Patienten haben und was die eben lancierte Prämien-Entlastungs-Initiative daran ändern kann. Seiten 4 und 5

### KLIMAERHITZUNG

SP-Vizepräsident Beat Jans zeigt die Lösungen der SP Schweiz für die Klimaerhitzung auf. Zwei Klimastreikende erzählen uns, warum sie an den Klimastreiks mitwirken. Seiten 6 und 7

Jetzt Prämien-  
Entlastungs-  
Initiative unter-  
schreiben!  
Unterschriftenkarte  
in der Heftmitte

Liebe Genossinnen und Genossen  
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Die «grüne Welle» erfasst die Schweizer Politik: SP, Grüne und GLP konnten im Rahmen aller diesjährigen kantonalen Wahlen in Deutschschweizer Kantonen zulegen. Und dies auf Kosten der FDP und der SVP, die Sitzverluste in Legislative und Exekutive zu verzeichnen haben. Die FDP hat in einer Hauruck-Aktion versucht, sich einen Grünanstrich zu verpassen. Die SP hat demgegenüber, wie Nationalrat Beat Jans auf Seite 6 eindrücklich aufzeigt, einen Imagewandel à la FDP nicht nötig. Schon in vergangenen Legislaturen hat sie zahlreiche Lösungen zum

Kampf gegen den Klimawandel vorgeschlagen und auch durchgesetzt. Die jüngsten Beispiele sind mehrere Klimavorstösse in der Frühlingssession sowie die Unterstützung der Gletscher-Initiative, die null Emissionen durch Öl, Gas und Kohle bis 2050 fordert. Bisher gibt es keinen Klimaschutzartikel in der Bundesverfassung, die Gletscher-Initiative würde dies ändern.

Ebenfalls auf der grünen Welle reiten die Klimastreikenden, zwei davon bekommen auf der Seite 7 Platz. Seit Dezember 2018 finden regelmässig Klimastreiks statt, in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Die Stimmung bei diesen Klimastreiks ist gleichzeitig hoffnungsvoll, frustrierend, lebensfroh und aufgeheizt (wie unser Planet, könnte man sagen), wie ich selbst schon erfahren habe. An der letzten Delegiertenversammlung wurde übrigens eine Resolution der JUSO verabschiedet, die Solidarität mit den Klimastreikenden fordert – ein weiteres Zeichen für eine «grüne» SP.

Jede grössere Partei hat eine Farbe für sich beansprucht: Die SP ist rot, die CVP orange, die FDP blau, die SVP dunkelgrün, die Grünen haben sich wenig überraschend für Grün entschieden, die Grünliberalen wurden hellgrün und die BDP musste mit Gelb vorliebnehmen. Natürlich ergibt es durchaus Sinn, der eigenen Partei auf diese Weise einen Erkennungswert zu geben. Mehrere Ereignisse zeigen aber, dass man Parteien nicht auf diese Farbe reduzieren darf – oder einer Partei durchaus eine weitere Farbe zusprechen kann. Oder, wie das Beispiel der FDP zeigt, dass eine weitere Farbe manchmal schlichtweg nicht passt.

*Herzliche Grüsse*

*Laura Brechbühler, stv. Redaktorin «links»*

## INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Interview**  
**Nationalrat Angelo Barrile ist Hausarzt und Mitglied des Initiativkomitees der Prämien-Entlastungs-Initiative.**  
Von Laura Brechbühler
- 6 **Wahlen**  
**Ein weiteres Wahlkampfthema der SP ist die Klimaerhitzung.**  
Von Beat Jans
- 7 **Aktiv**  
**Ronahi Yener und Jonas Kampus wirken an den Klimastreiks mit.**
- 8 **Thema**  
**Die SP Schweiz strebt ein institutionelles Abkommen mit der Europäischen Union an, das den Lohnschutz sichert.**  
Von Roger Nordmann
- 9–12 **Kantone**  
**Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings**
- 13 **Positionen**  
**Am Arbeitsplatz ist Recht haben und Recht bekommen nicht dasselbe.**  
Von Roland Erne
- 14–15 **Abstimmungen**  
**Am 19. Mai braucht es ein Ja zum Waffengesetz, um Waffengewalt in der Schweiz zu reduzieren und unseren Zugang zum Schengen-Raum sicherzustellen.**  
Von Natascha Wey und Daniel Jositsch
- 16–17 **Abstimmungen**  
**Stärkung der AHV und mehr Steuergerechtigkeit – deswegen unterstützt die SP die AHV-Steuvorlage.**  
Von Paul Rechsteiner und Jacqueline Badran
- 18 **Aktiv**  
**Am 26. Februar hat die SP die Prämien-Entlastungs-Initiative lanciert.**

## Franchisen

Nachdem der Nationalrat der automatischen Anpassung der Franchisen an die Entwicklung der Gesundheitskosten zugestimmt hatte, kündigte die SP das Referendum dagegen an. Diese Änderung des Krankenversicherungs-



SP Schweiz

gesetzes (KVG) hätte u. a. zur Folge gehabt, dass die ordentliche Franchise in der obligatorischen Krankenkasse von 300 auf 350 Franken angehoben worden wäre. Damit würden Kosten auf chronisch Kranke und ältere Menschen abgewälzt. Doch in der Schlussabstimmung der Frühlingssession dann die grosse Überraschung: Die SVP-Fraktion stellte sich mehrheitlich gegen die Gesetzesänderung, obwohl sie zuvor dafür gestimmt hatte. Die SP konnte somit auf günstigste und effizienteste Art ein Referendum gewinnen.

## Konzernverantwortungsinitiative

Nachdem der Nationalrat in der Sommersession 2018 dem indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zugestimmt hatte, hat die Rechtskommission des Ständerates nach einer ersten



Verwässerung des Eintretens auf den Gegenvorschlag knapp abgelehnt. Die rechtsbürgerliche Mehrheit ist damit einmal mehr dem Druck der Konzernlobbys erlegen und verpasst die Möglichkeit, die Machenschaften von Schweizer Unternehmen im Ausland verbindlichen Regeln zu unterstellen. Die SP unterstützt die Konzernverantwortungsinitiative und bedauert den Entscheid des Ständerates. Wahrscheinlich kommt die Konzernverantwortungsinitiative nun ohne Gegenvorschlag vors Volk.

## Arbeit und Ausbildung für alle

An der Delegiertenversammlung vom 2. März wurde das Positionspapier «Arbeit und Ausbildung für alle», eines der vier Wahlkampfthemen der SP, verabschiedet. Dieses



SP Schweiz

Papier beinhaltet Lösungsvorschläge für die steigende Arbeitslosigkeit der über 50-jährigen, für die Schwierigkeiten der Frauen beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben und für die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen: Als Rezepte werden u. a. Investitionen aus den Überschüssen des Bundes in die Weiterbildung von Erwachsenen sowie in Integrationsleistungen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene vorgeschlagen. Zusätzlich beschlossen die Delegierten, die Gletscher-Initiative zu unterstützen: Diese Initiative verlangt, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf null gesenkt werden sollen.

## Weltfrauentag und Frauen\*streik

Die SP war am internationalen Frauentag, der am 8. März stattfand, vielerorts aktiv: So haben sich die SP Frauen\* an mehreren Kundgebungen beteiligt und in allen Sprachregionen Flyeraktionen zum Thema Care-Arbeit durchgeführt. Auch die Frauen in der SP-Bun-



SP Schweiz

deshausfraktion zeigten sich solidarisch mit all den Frauen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten. Am 10. März ging es weiter mit dem Kampf für die Gleichberechtigung: Es fanden mehrere Streiktreffen für den Frauen\*streik vom 14. Juni 2019 statt – mit Erfolg, in Biel zum Beispiel nahmen über 500 Frauen\* teil. Wer sich auch engagieren möchte, kann sich auf [frauenstreik2019.ch](http://frauenstreik2019.ch) informieren.

## Kantonale Wahlen

Ende März fanden in den Kantonen Zürich, Baselland und Luzern Kantonsratswahlen statt, die äusserst erfolgreich verliefen: Im Kanton Baselland ist die SP neu die grösste Fraktion im Landrat sowie die stärkste Partei

Sitzgewinne und -verluste in kantonalen Parlamenten seit Oktober 2015



im Kanton und konnte mit Kathrin Schweizer wieder einen SP-Sitz im Regierungsrat gewinnen. Die SP Kanton Luzern hat das beste Resultat ihrer Geschichte erzielt, wobei sie drei Sitze im Parlament gewinnen konnte. In Zürich wurden Regierungsrätin Jacqueline Fehr und Regierungsrat Mario Fehr mit einem Glanzresultat wiedergewählt, mit den Sitzgewinnen der Grünen und der Grünliberalen konnte die rechtsbürgerliche Mehrheit gebrochen werden. In allen drei Kantonen wurde unter anderem auf die Basiskampagne gesetzt, die in zahlreichen Kantonen nun für die Wahlen im Oktober auf die Beine gestellt wird. Allesamt gute Zeichen für die nationalen Wahlen!

## 99%-Initiative

Am 2. April 2019 hat die JUSO ihre 99%-Initiative mit über 134 000 Unterschriften eingereicht. Diese Initiative sieht vor, die Kapitaleinkommen des reichsten Prozents stärker zu besteuern. Dazu gehören Divi-



denden oder Zinsen. Diese Mehreinnahmen sollen die anderen 99 % der Bevölkerung entlasten, indem z. B. Kinderkrippen oder Krankenkassenprämien verbilligt werden. Die Delegierten der SP Schweiz haben am 14. Oktober 2017 die Unterstützung der JUSO-Initiative beschlossen.



## «Die SP geht mit ihren gesundheitspolitischen Schwerpunkten auf die Sorgen der Bevölkerung ein»

**DER ZÜRCHER ANGELO BARRILE IST HAUSARZT UND VERTRITT DIE SP IM NATIONALRAT. IM INTERVIEW SPRICHT ER ÜBER DIE ANLIEGEN SEINER PATIENTINNEN UND PATIENTEN, DIE PRÄMIEN-ENTLASTUNGS-INITIATIVE UND ÜBER DIE GESUNDHEITSPOLITIK DER BÜRGERLICHEN MEHRHEIT IM PARLAMENT.**

**Angelo, du bist als Hausarzt beinahe täglich im Austausch mit den Menschen. Neben gesundheitlichen Sorgen, was sind die Anliegen und Sorgen deiner Patientinnen und Patienten?**

Nach den gesundheitlichen Sorgen folgen tatsächlich die Kosten. Danach fragen die Patientinnen und Patienten oft, wenn ich eine weitere Abklärung vorschlage. Nicht sehr dringende Untersuchungen werden manchmal auf später verschoben. Bei meiner Arbeit spreche ich natürlich nicht über Politisches, doch viele wissen, dass ich Nationalrat bin, und sprechen mich darauf an, ob ich denn nichts gegen die steigenden Kosten unternehmen könne. Ich merke, dass sie sich von

unserem Parlament nicht ernst genommen fühlen. Oft höre ich dann, dass «die Lobbys» halt wichtiger seien. Als Milizpolitiker bekomme ich so die Sorgen der Bevölkerung mit, was mich natürlich freut. Es bestätigt mir auch, dass die SP mit ihren Schwerpunkten auf die Sorgen der Bevölkerung eingeht.

**Erkennst du dabei einen Unterschied zwischen Personen mit hohen und tiefen Einkommen?**

Ja. Ich erlebe häufig, dass Menschen früher in die Sprechstunde hätten kommen sollen, aber aus Angst vor hohen Kosten darauf verzichtet haben. Sie können es sich schlichtweg nicht leisten. Auch verzichten Menschen mit

tiefem Einkommen eher auf eine weitere Untersuchung als andere. Laut einer Studie des Unispitals Genf kommt dies viel häufiger vor als gedacht: Rund 15 % der kranken Menschen gehen nicht zum Arzt oder zur Ärztin, weil sie die Kosten scheuen – das ist jede siebte Person! In einem so reichen Land wie der Schweiz finde ich diese Zahl beschämend und sie macht mich betroffen. Sie bestätigt auch: Armut macht krank und Krankheit macht arm. Ein Teufelskreis, den es auch in der Schweiz gibt.

**Am 26. Februar hat die SP die Prämien-Entlastungs-Initiative (PEI) lanciert. Was will diese Initiative ändern?**

Die PEI verlangt, dass nicht mehr als 10 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien aufgewendet werden müssen. Ich finde es absolut richtig, dass bei den Prämien angesetzt wird: Es handelt sich



eigentlich um ein Versprechen, das nicht eingehalten wurde. Als 1996 das Krankenversicherungsgesetz eingeführt wurde, sprach der Bundesrat davon, dass ca. 8 % des Einkommens für die Prämien aufzuwenden sein würden. Heute sind es durchschnittlich 14 %. Je nach Familienkonstellation zahlt man sogar 20 % nur für die Prämien, ohne eine ärztliche Konsultation beansprucht zu haben. Zudem gibt es Leute, die in der Schuldenfalle landen, nur weil sie ein bisschen zu viel für eine Prämienverbilligung verdienen. Die Initiative sorgt somit für eine Entlastung bei allen, die übermässig belastet werden. Natürlich ist die PEI nicht die einzige Lösung für die steigenden Gesundheitskosten – es gibt mehrere Puzzleteile. Die Prämienlast ist aber eines der dringendsten Probleme.

### Wie soll die Prämien-Entlastungs-Initiative (PEI) finanziert werden?

Durch eine Stärkung der individuellen Prämienverbilligungen werden tiefe und mittlere Einkommen besser entlastet. Die Finanzierung dieser Unterstützung wird zu zwei Dritteln vom Bund übernommen, die Kantone finanzieren den Restbetrag. Ein Vergleich mit anderen OECD-Staaten zeigt, dass die Beteiligung der Versicherten an den Gesundheitskosten in der Schweiz bereits extrem hoch ist, sie tragen rund 30 % der gesamten Gesundheitskosten. Der Staat darf in der Schweiz also ruhig etwas mehr übernehmen. Ausserdem wäre es solidarischer und fairer, die Gesundheitskosten vermehrt mit Steuergeldern abzudecken. Natürlich würde dies mehr Umverteilung bedeuten, aber es geht auch um eine wichtige Prioritätensetzung. Wir haben genug Geld für neue Kampfjets, Autobahnen und Steuererleichterungen für Konzerne, aber kein Geld für jene Personen, die wirklich zu wenig haben.

## «Die Initiative kommt bei den Menschen sehr gut an!»

### In der gegenwärtigen Legislatur ist keine einzige Initiative angenommen worden. Was stimmt dich bei der PEI optimistisch?

Ich war im März am Limmatplatz in Zürich und zeitweise sind die Menschen Schlange gestanden, um unterschreiben zu können – die Initiative kommt bei den Menschen sehr gut an! Das Bedürfnis nach der Initiative und auch das Wissen darüber sind vorhanden. Das überrascht nicht, denn die Gesundheitskosten sind laut Sorgenbarometer die zweitgrösste Sorge der Bevölkerung.

Man hört von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern oft, dass das Kostenbewusstsein gestärkt werden muss. Was meinst du dazu?

## «Armut macht krank und Krankheit macht arm.»

Das tönt gut und schön, aber in der Realität ist es ganz einfach: Wenn du krank bist, bist du krank. Dann hilft dir ein gutes Kostenbewusstsein auch nicht weiter. Zu mir kommen die Menschen, weil sie krank sind oder befürchten, krank zu sein. Wenn man sie am Kommen hindert, geht es ihnen nicht besser. Wenn man einen grösseren Anteil selbst zahlen muss, hält das die Falschen davon ab, zum Arzt zu gehen. Bürgerliche übertreiben, wenn sie sagen, dass viele Leute sofort zum Arzt gingen. Dieser Anteil ist meiner Erfahrung nach klein. Im Gegenteil, ich merke ja, dass viele Personen mit tiefem Einkommen zu lange warten, bis sie zu mir kommen. Das Kostenbewusstsein ist in diesen Fällen also zu stark. Kostenbewusst sein, das tönt also einfach gut, die Praxis zeigt, dass es die Falschen trifft.

### Wie hast du die gegenwärtige Legislatur mit der bürgerlichen Mehrheit punkto Gesundheitspolitik erlebt?

Wir haben die Auswirkungen der FDP-SVP-Mehrheit in verschiedenen Bereichen schmerzlich zu spüren bekommen. Mehrmals wurde einfach «noch einer draufgelegt», weil irgendeine Lobby ihre Interessen durchsetzen konnte. So ist beispielsweise die Krankenkassenlobby in diesem Parlament stark vertreten, während andere Interessen – ich denke da auch an die Patientenorganisationen – unter- oder gar nicht vertreten sind. Dieses Ungleichgewicht hat man mehrmals gesehen, etwa bei der Diskussion um die glücklicherweise gescheiterte automatische Erhöhung der Franchisen. Auch die Versicherungsspione sind Beispiele für die bürgerliche Dominanz. Eine weitere Enttäuschung war das Vorgehen beim Tabakproduktegesetz: Der Tabak- und der Wirtschaftslobby ging im Gesetzesentwurf die Einschränkung der Werbefreiheit für ihre Produkte zu weit. So wurde das Gesetz vom Parlament mit den eingebrachten Vorschlägen wieder an den Bundesrat zurückgewiesen. Wirtschaftliche Interessen wurden über den Gesundheitsschutz der Jungen gestellt. Ein Skandal!

Angelo Barrile ist seit 2015 Nationalrat und Mitglied des Initiativkomitees der Prämien-Entlastungs-Initiative.

## Die rechte Mehrheit wankt

Die kantonalen Wahlgänge sind abgeschlossen. Zuletzt haben Zürich, Baselland, Luzern und das Tessin in den letzten Wochen ihre Parlamente und Regierungen gewählt. Sechs Monate vor den nationalen Wahlen ist es Zeit für eine Bilanz. Welche Schlüsse lassen sich aus den kantonalen Wahlen ziehen?

1. Links gewinnt, die Bevölkerung hat genug von den rechten Mehrheiten. Steuersenkungen für Reiche, Kahlschlag beim Service public, Kürzung der Prämienverbilligung, Privatisierung von öffentlichen Betrieben – mit ihren Rezepten sind die Rechten krachend gescheitert. Das heisst für uns: Es ist möglich, die rechten Mehrheiten zu brechen. Unser Wahlziel ist in Reichweite.
2. Offenbar glaubt nicht mal die eigene Wählerschaft, dass die «Fuck-de-Planet» FDP plötzlich ökologisch sein soll. Der Grosse Erfolg der Grünliberalen an der Zürcher Goldküste zeigt zweierlei: Erstens wächst die GLP primär auf Kosten von FDP und SVP. Und zweitens passt die Sozial- und Wirtschaftspolitik der GLP zu dieser Wählerschaft: Unsolidarisch, neoliberal und ohne Interesse an sozialem Ausgleich.
3. Die SVP büsst dafür, dass sie den Buurezmorge durch den Business-Lunch ersetzt hat. Doch auch wenn der aktuellen SVP-Generation die Bahnhofstrasse näher liegt als der Stammtisch, sollte man sie nicht unterschätzen. Die SVP-Milliardäre werden wieder Millionen in den Wahlkampf buttern. Und die Medien werden die Stöckchen, die ihnen die SVP hinhält, wieder brav rapportieren. Die Live-Ticker zu Köppls Ständeratskandidatur waren nur ein Vorgeschmack.
4. Frauen werden gewählt, wenn sie denn aufgestellt werden. Die Bürgerlichen holen langsam nach, was die Linken seit Jahrzehnten vorleben. Allerdings: Die Geschlechterfrage auf die reine Repräsentanz zu reduzieren, greift zu kurz. Oder möchte jemand eine Bundesrätin Martullo-Blocher? Darum verbinden wir mit unserem Frauenjahr konkrete Forderungen: Lohngleichheit, gleiche Chancen, Gewaltbekämpfung. Das politische Handeln ist es, was zählt.
5. Harte Arbeit zahlt sich aus. «Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie», lautet das Motto unserer Basiskampagne. In Zürich, Luzern und Baselland haben unsere Mitglieder fulminante Kampagnen geführt. Alles übertrumpfen hat die SP Baselland: Die Genossinnen und Genossen haben mit jeder vierten Wählerin und jedem vierten Wähler persönlich gesprochen. Der Lohn: Stärkste Partei und Wiedereinzug in die Regierung. Dieses Engagement soll uns für die nächsten sechs Monate Motivation und Vorbild sein.



WAHLKAMPFTHEMA 2/4: KAMPF GEGEN DIE KLIMAERWÄRMUNG

# Klimaschutz jetzt!

**DIE SP ZEIGT SEIT JAHRZEHNEN KONKRETE LÖSUNGEN FÜR EINEN RASCHEN AUSSTIEG AUS DER FOSSILEN ENERGIEVERSORGUNG AUF. WENN DER DRUCK DER ÖFFENTLICHKEIT ANHÄLT UND DIE EIDGENÖSSISCHEN WAHLEN DEN LINKSRUTSCH DER JÜNGSTEN KANTONSWAHLEN BESTÄTIGEN, KANN DIE SP DIESEN LÖSUNGEN ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN.**

Die SP-Fraktion konnte entscheidende Impulse für die Energiestrategie und das Gebäudesanierungsprogramm geben. Und die 2011 von der SP eingereichte Cleantech-Initiative brachte die Photovoltaik in der Schweiz wichtige Schritte voran. Das waren wichtige Erfolge. Diese reichen aber nicht. Die SP hat schon immer eine viel schnellere Energiewende gefordert. Doch die rechte Mehrheit stellte sich quer, zuletzt beim CO<sub>2</sub>-Gesetz. Seit 40 Jahren stehen die Bürgerlichen auf der Bremse und schieben die Verantwortung an die Haushalte ab. Es reicht! Die faulen Ausreden müssen endlich aufhören. Das Klimadesaster ist da und bedroht unsere Lebensgrundlagen. Wer die Klimakatastrophe politisch abwenden will, muss aufhören, an die Moral der Bevölkerung zu appel-



Beat Jans, Nationalrat BS, Vizepräsident SP Schweiz

**Darüber will die SP im Wahlkampf reden: die Krankenkassenprämien, Arbeit und Ausbildung für alle, Gleichstellung und die Klimaerwärmung.**

lieren, und zielführende politische Vorschläge machen. Genau das tut die SP.

## Ziele setzen und verfolgen

Die Ziele sind klar. Bis 2050 soll die Schweiz fossilfrei sein. Dazu hat sie sich im Klimaabkommen von Paris verpflichtet, was zusammen mit klaren Zwischenzielen ins Gesetz gehört. Nur mit langfristigen und klaren Vorgaben kann die Wirtschaft den Umstieg mittragen und die richtigen Investitionsentscheide treffen. Das Ausstiegsziel soll die Schweiz zuerst im Inland anstreben, denn der globale Ausstieg kann nur gelingen, wenn alle Länder ihre Hausaufgaben machen. Statt in zweifelhafte Auslandszertifikate zu investieren, bauen wir besser die eigene Infrastruktur um. So befreien wir uns

von den Öl- und Gasimporten, die uns jährlich zehn Milliarden kosten.

## Kein Geld für Öl

Den grössten Hebel zum Klimaschutz hat der Schweizer Finanzplatz in der Hand. Als grösste Vermögensverwalterin der Welt trägt die Schweiz eine enorme Verantwortung. Leider sind die Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen enorme Klimasünder. Sie sind für rund 20 Mal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich als alle Haushalte und Produktionsstätten auf Schweizer Boden zusammen, ihr Handeln führt zu einer Klimaerwärmung von vier bis sechs Grad. Das muss aufhören. Die SP fordert, dass der Schweizer Finanzplatz keine Projekte zur Extraktion von fossilen Brennstoffen mehr finanziert. Schon heute sind die Kohlestoffreserven in den globalen Öl-, Gas- und Kohlelagerstätten fünfmal grösser als die Menge, welche die Menschheit überhaupt noch verbrennen



darf. Investitionen, die dieses Problem noch vergrössern, sind ökologisch und ökonomisch verwerflich. Deshalb heisst unsere Forderung: Kein Geld für Öl.

### **Benzin ersetzen**

Den zweitgrössten CO<sub>2</sub>-Hebel der Schweiz bildet der motorisierte Verkehr. Er heizt das Klima stärker auf als Häuser oder Fabriken. Das effizienteste Mittel, um Verkehr klimaneutral zu organisieren, ist, ihn zu vermeiden. Angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes muss er in einem ersten Schritt elektrifiziert und mit erneuerbaren Stromquellen betrieben werden. Die SP fordert deshalb eine Solaroffensive. Photovoltaikanlagen an Häusern und entlang der Strassen sollen rascher gebaut und Elektromobile konsequenter gefördert werden. Ergänzend dazu sind eine sozialverträglich ausgestaltete Lenkungsabgabe auf Treibstoffe, strenge Emissionsvorgaben an Autoimporteure und ein rascher Ausbau von Stromtankstellen sinnvoll.

### **Die Energiewende als Chance**

Um die Klimaerhitzung zu stoppen, braucht es nicht weniger als eine technologische und gesellschaftliche Revolution. Als Land, das über keine fossilen Ressourcen verfügt, kann die Schweiz von dieser Revolu-

tion nur profitieren. Bildung, Innovation und Effizienz sind ihre wichtigsten Ressourcen. Wenn sie den Schritt in die Zukunft verpasst, verpufft ihre Wirtschaftskraft. Schon aus purem Eigeninteresse müsste die Schweiz beim Klimaschutz vorgehen. Doch dazu ist sie (noch) nicht bereit, weil die selbsternannten Wirtschaftsparteien die Orientierung verloren haben.

### **Jetzt die Energiewende wählen!**

Die Debatte im Nationalrat hat klar gezeigt: Mit der heute bestehenden Mehrheit aus SVP und FDP lässt sich kein griffiger Klimaschutz machen. Deshalb ist es wichtig, dass der Druck aus der Bevölkerung anhält. Dazu trägt auch die Gletscher-Initiative bei, die von der SP mitgetragen wird. Die Unterschriftensammlung läuft bald an, und die SP sammelt mit.

Die SP-Fraktion verfügt über grosse Kompetenz in energiepolitischen Fragen. SP-Leute stehen an der Spitze von treibenden Verbänden wie dem VCS, Swissolar oder der Schweizerischen Energiestiftung. Mit Simonetta Sommaruga stellt die SP neu auch die Energie- und Umweltministerin und verfügt über grosse Durchschlagskraft. Gehen wir gestärkt aus den nationalen Wahlen im Herbst hervor, können wir den Klimaschutz entscheidend voranbringen.

## **GEMEINSAM FÜR DAS KLIMA**

Die 18-jährige Ronahi Yener und der 17-jährige Jonas Kampus haben schon an mehreren Klimastreiks in der Schweiz mitgewirkt. An der Delegiertenversammlung der SP in Goldau (SZ) haben sie gemeinsam auf die Klimastreiks und die Forderungen an die Politik aufmerksam gemacht. «links» hat ihnen drei Fragen dazu gestellt.



**Am 15. März 2019 protestierten schweizweit ca. 70 000 Jugendliche für das Klima. Was glaubt ihr, wieso haben sich so viele Jugendliche angeschlossen?**

**Ronahi:** Diese Bewegung ist als Reaktion auf die Politik entstanden. Die Wichtigkeit der Massnahmen gegen den Klimawandel wurde jahrzehntelang aussen vor gelassen, dabei wuchs die Sorge um unsere Zukunft immer mehr. Den nötigen Ausschlag zum Start dieser Proteste hat Greta Thunberg gegeben. Durch die vielen Streiks wurde im Alltag immer mehr über die Klimakrise diskutiert, wodurch das Thema sehr viel Anklang erhalten hat.

**Jonas:** Viele Menschen haben lange gedacht, sie seien alleine mit ihrer Sorge um die Zukunft. Diese Angst und Verzweiflung über die Untätigkeit in der Klimapolitik hat für sehr lange Zeit viele Menschen gelähmt. Dieses Gefühl hängt meiner Meinung nach stark mit dem kapitalistischen System zusammen. Jetzt hat sich diese Verzweiflung schlagartig in einen lauten Protest auf der Strasse umgewandelt.

**Was hat euch dazu gebracht, Klimastreiks zu organisieren und daran mitzuwirken?**

**Ronahi:** Als Kind wollte ich immer die Welt retten. Jedoch wusste ich nie, vor was. Jetzt weiss ich, dass effektiv eine Krise existiert. Ich möchte, dass ich sowie auch meine Nachfahren weiterhin auf der Erde leben können und den Lebewesen kein Lebensraum weggenommen wird. Deshalb habe ich mich Ende Dezember beim Erwachen dieser Bewegung ihr sofort angeschlossen.

**Jonas:** Die pure Freude am Leben und all seinen Facetten. Ich denke, uns ist allen ein Drang inne, nach Freiheit zu streben. Diese können wir nicht erreichen ohne die Freiheit unserer Mitmenschen, aller Tiere und der Umwelt.

**Was sind eure Erwartungen an die Politik?**

**Ronahi:** Die Politik muss endlich auf die Klimakrise reagieren. Wir haben schon viel zu viel Zeit für Kompromisse verloren. Unsere Volksvertreter\*innen müssen damit aufhören, nur Politik für das eine Prozent zu machen, sondern die restlichen 99 % miteinbeziehen. Zu diesen 99 % gehören auch alle sonstigen Lebewesen und die Umwelt. Die Ursachen all dieser Probleme lassen sich zurückführen auf unser aktuell herrschendes System.

**Jonas:** Nichts. Klimakonferenzen gibt es bereits länger, als ich auf dieser Erde weile, und wir haben diese Krise noch immer nicht gelöst. Solange Lösungen nur bei den Symptomen der Klimakrise ansetzen und nicht bei der Wurzel, konkret beim derzeit herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, werden wir diese Krise nicht überwinden können.



EUROPÄISCHE INTEGRATION UND LOHNSCHUTZ BEDINGEN SICH GEGENSEITIG

# Ja zu Europa, Ja zum Lohnschutz

**AM 29. MÄRZ HAT DIE GESCHÄFTSLEITUNG DER SP SCHWEIZ EINSTIMMIG POSITION ZUM INSTITUTIONELLEN ABKOMMEN BEZOGEN: DIE SP STREBT EIN RAHMENABKOMMEN MIT DER EU AN, DAS DEN SCHWEIZER LOHNSCHUTZ GARANTIERT. DOCH ZUERST MUSS DER BUNDES-RAT DIE OFFENEN FRAGEN KLÄREN.**

«Der Abschluss eines institutionellen Abkommens, das die Grundlage für Rechtssicherheit, Mitsprache und den kontinuierlichen und ausgewogenen Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU schafft, soll durch den Bundesrat weiterhin angestrebt werden. Die SP Schweiz hat aber immer deutlich gemacht, dass der Lohnschutz eine grundlegende Voraussetzung für die Zustimmung zu einem Rahmenabkommen ist.»

Mit diesen Worten hat der Schreibende bereits im Herbst 2018 im Parlament die Position der SP dargelegt. Daran hat sich nichts geändert: Die SP will stabile und geregelte Beziehungen zur Europäischen Union sowie eine Vertiefung dieser Beziehungen. Die SP ist deshalb für ein Rahmenabkommen. Gleichzeitig setzt sie sich für den heutigen, wirksamen Lohnschutz ein, weil dieser die Grundlage für den Erhalt, die Sicherung und Vertiefung von stabilen und geregelten Beziehungen zur Europäischen Union darstellt. Für die SP gilt: Europäische Integration und Lohnschutz bedingen sich gegenseitig.

## 65 konkrete Fragen an den Bundesrat

Leider hat es der Bundesrat bis heute nicht geschafft, eine ausreichende Grundlage für eine seriöse Stellungnahme für oder gegen das Abkommen vorzulegen. Es ist aufgrund

des vorliegenden Vertragsentwurfs völlig unklar, wie sich das Rahmenabkommen auf zentrale Bereiche wie den Lohnschutz oder die «staatlichen Beihilfen» auswirkt und wie Konflikte geregelt werden. Konkret: Können Löhne und Arbeitsbedingungen weiterhin wirksam kontrolliert werden? Wenn ja, wie? Sind die Sozialpartner damit einverstanden? Was passiert mit den Service-public-Unternehmen oder mit der staatlichen Wohnbauförderung? Wer entscheidet im Streitfall? Die SP möchte vom Bundesrat Antworten auf insgesamt 65 konkrete Fragen. Denn solange derart viele Fragen offen sind, kann der vorliegende Vertragsentwurf nicht unterzeichnet werden.

## Derzeit keine Mehrheit in Sicht

Immerhin hat die Konsultation die Fronten innenpolitisch geklärt. Die SVP ist wie eh und je gegen jede Kooperation mit Europa. Die FDP und die GLP wollen sofort unterzeichnen – aus wahltaktischen Gründen und weil sie eine Chance sehen, die Löhne in der Schweiz anzugreifen. Alle anderen Parteien und Verbände haben wie die SP vor allem viele offene Fragen an den Bundesrat. Kurz: Eine Mehrheit ist nicht in Sicht.

Wie geht es nun weiter? Die EU lehnt formelle Nachverhandlungen bisher kategorisch ab. Dies hat aber auch mit dem aktuellen Klima in-



Roger Nordmann, Nationalrat VD und Fraktionspräsident

nerhalb der EU, vor allem mit dem scheinbar unlösbaren Brexit, zu tun. Luca Visentini, Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ortet allerdings Spielraum bezüglich Nachverhandlungen und nennt das Freihandelsabkommen mit Kanada als Beispiel. In diesem Fall wurde aufgrund sozialer und ökologischer Bedenken in der EU und in Kanada tatsächlich nachverhandelt. Er empfiehlt der Schweiz, auf keinen Fall zu unterschreiben, sondern weitere Gespräche mit der EU zu suchen.

## Die europäische Linke ist auf unserer Seite

Sowieso ist bezeichnend, wie stark die europäischen Gewerkschaften und die linken Parteien im europäischen Parlament die Position der SP unterstützen. Auch für sie ist der Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen ein zentrales Anliegen. Das zeigt: Die Debatte ums Rahmenabkommen ist kein «Länderspiel», in dem sich angeblich «nationale Interessen» gegenüberstehen. Es geht um den alten Gegensatz zwischen links und rechts, zwischen Arbeitnehmenden und krudem Renditedenken.

Wenn es dem Bundesrat also ernst ist mit der Vertiefung der Beziehungen zu Europa, dann muss er die offenen Fragen klären und gegebenenfalls nochmals das Gespräch mit Brüssel suchen. Ziel der SP ist es, ein Rahmenabkommen mit der EU zu erreichen, das in einer Volksabstimmung bestehen kann, denn gute und geregelte Beziehungen der Schweiz zur EU sind für unser Land von entscheidender Bedeutung.



# Gemeinsam in die nationalen Wahlen!

Die letzten Grossrats- und Landratswahlen gehörten zu den engagiertesten Wahlkämpfen, die die SP in den beiden Basel je geführt hat. Noch nie haben sich so viele Menschen innerhalb und ausserhalb der SP für eine Politik für alle statt für wenige engagiert. Deshalb konnten wir als SP diese Wahlen auch gewinnen: In Basel-Stadt konnte mit 32,5 % das beste Ergebnis seit mehreren Jahrzehnten erzielt werden, in Baselland ist die SP nicht nur die stärkste Partei geworden, sondern sie hat auch mit Kathrin Schweizer wieder den Sprung in die Regierung geschafft.

Darauf möchten wir für die Nationalrats- und Ständeratswahlen am 20. Oktober aufbauen: Wir reden mit den Menschen und nicht über sie – und zwar an der Haustüre in unseren Quartieren. In kleinen Gruppen sind wir im Quartier unterwegs – eben von «Tür zu Tür» – und fragen die Leute, welche Themen der SP und des Quartiers sie bewegen. Die Ergebnisse erfassen wir auf Papier. Dies alles unter Anleitung von mehreren Campaignerinnen und Campaignern. Am Ende der Strasse oder am Ende eines Blocks trifft man sich wieder und geht dann zusammen zu den nächsten Wohnhäusern. Wir



Kerstin Wenk ist Grossrätin und Wahlkampfleiterin der SP BS



Jonas Eggmann ist Wahlkampfleiter der SP BL

werden nicht als SP-Plakatsäulen unterwegs sein, aber sicher mit einem Kleber erkennbar. Auch haben wir einen speziellen Flyer dabei, für jene Leute, welche wir nicht zu Hause angetroffen haben.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass in den Kantonen Zürich und Luzern, wo die Quartierumfrage bereits stattgefunden hat, viel mehr Mitglieder teilgenommen haben und auch viel mehr Gespräche geführt wurden als erwartet. Wir bieten eine weitere Möglichkeit, sich zu engagieren. Die Bevölkerung hat – in den Städten, Agglomerationen und auf dem Land – überaus positiv reagiert. Wer erwartet denn schon, dass die SP klingelt und nach der Meinung fragt. Auch konnten so viele Neumitglieder gewonnen werden. Der persönliche Kontakt ist zentral und erfolgversprechender als ein Inserat. Zudem können wir in der heissen Phase die Leute, welche an der Umfrage teilgenommen haben, anrufen und sie auf die Wahlen hinweisen. Idealerweise haben sie bei der «Tür-zu-Tür-Aktion» auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten bereits persönlich kennengelernt.

Die Quartierumfrage ist unsere grosse Vorwahlkampfkampagne. Wir haben uns entschieden, mit den

Menschen zu reden und sie nach ihrer Meinung zu fragen. Ziel in Basel-Stadt ist es, die Ergebnisse der Befragungen für die Grossratswahlen im 2020 verwenden zu können. In Baselland gilt dasselbe für die Gemeindevahlen im Februar 2020.

Die Wahlkampfleitungen der SP Baselland und Basel-Stadt haben beschlossen, den Auftritt – auch den grafischen – für die Wahlen im Herbst aufeinander abzustimmen und wo möglich eng zusammenzuarbeiten. Einerseits können wir so die Synergien und auch die Energien optimal nutzen, andererseits sind wir eine Region, die zusammengehört. Gemeinsam sind wir stark. Dies gilt auch für uns.

**Der persönliche Kontakt ist zentral und erfolgversprechender als ein Inserat.**



# JA zum Öffentlichkeitsprinzip

Die von uns mitlancierte kantonale Initiative «Offenheit statt Geheimhaltung. Volksinitiative für transparente Behörden im Thurgau» kommt am 19. Mai zur Abstimmung.

Die Verfassungsinitiative fordert, dass das Öffentlichkeitsprinzip endlich auch im Kanton Thurgau eingeführt wird. Die Annahme der Initiative würde zu einem Paradigmenwechsel führen: Die Behörden dürfen heute wegen des Geheimhaltungsprinzips Einsicht in Akten verweigern, wenn nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse ausgewiesen werden kann oder es einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen gilt. Bei Annahme der Initiative durch die Stimmbevölkerung wären grundsätzlich alle Akten zur Einsicht freigegeben, sofern keine öffentlichen Interessen dagegensprechen oder es sich um personenbezogene Daten handelt.

Die SP fordert schon lange mehr Transparenz in der Politik und war in den 1990er Jahren massgeblich an der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Bundesebene beteiligt. Die moderne direkte Demokratie braucht transparente und nachvollziehbare politische Prozesse, verlässliche Informationen und offene



Nina Schläfli,  
Parteipräsidentin

Behörden. Auch für viele Thurgauer Amtsstellen ist das eine Selbstverständlichkeit, aber leider längst nicht für alle. Ein Ja zur kantonalen Initiative würde die Behörden unterstützen, die heute schon transparent arbeiten, und böte in allen anderen Fällen neue Möglichkeiten zur Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips.

Eine offene Kommunikation kann das Vertrauen in die Behörden und in staatliche Massnahmen stärken. Das Misstrauen gegenüber der Politik, welche durch gezielt gestreute Falschmeldungen und Verschwörungstheorien ständig wächst, wird dadurch wahrscheinlich nicht abgebaut, aber es ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Ausserdem trägt eine offene Kommunikation dem veränderten Informationsbedürfnis unserer Gesellschaft Rechnung. Wir können fast das ganze Wissen der Welt im Internet abrufen – aber die kommunale und kantonale Politik kann nicht restlos nachvollzogen werden, weil wichtige Informationen fehlen?

Die kantonale Politik hat in der Frage des Öffentlichkeitsprinzips einen weiten Weg hinter sich: Anfänglich stiess die Initiative auf eine

breite Ablehnung, inzwischen hat selbst der Grosse Rat am Mittwoch, 15. Februar 2019, mit 59 zu 50 Stimmen dem Volk die Initiative zur Annahme empfohlen, und alle Thurgauer Parteien ausser der FDP haben die JA-Parole beschlossen. Das ist bereits ein grosser Erfolg, denn es passiert bekanntermassen sehr selten, dass die rechten und konservativen Parteien auf den rot-grünen Kurs einschwenken.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die für die Initiative Unterschriften sammelten oder die Initiative «Offenheit statt Geheimhaltung» anderweitig unterstützten.

Im Voraus schon ein grosses Dankeschön an alle, die sich in den nächsten Wochen am Abstimmungskampf beteiligen und an Strassenaktionen teilnehmen werden. «Offen statt geheim» ist zwar auf einem guten Weg, die Abstimmung ist aber bei weitem noch nicht gewonnen!

In allen Bezirken finden am 27. April und 4. Mai Standaktionen in den grösseren Ortschaften statt. Wer mit dabei ist, kann sich beim Sekretariat melden für Angaben zur jeweiligen Kontaktperson.

# Chancen- gleichheit, eine Utopie? Nein!

Simona Brizzi von Ennetbaden ist Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Sie ist SP-Grossrätin und Mitglied im Vorstand der SP Ennetbaden. Sie kandidiert für den Nationalrat.



Unsere Kinder sitzen am Küchentisch und diskutieren, wer im Sommer in die Bezirks-, Sekundar- oder Realschule in Baden gehen wird. Ich zeige ihnen die Zahlen des Statistischen Amtes: In Ennetbaden traten in den letzten vier Schuljahren durchschnittlich 73,4 Prozent der Kinder nach der Primarschule in die Bezirksschule ein, in Neuenhof hingegen nur 24,7 Prozent. Auf meine Frage, warum denn die Verteilung so unterschiedlich sei, schauen mich alle etwas ratlos an.

In der Schweiz sind die Bildungserfolge und -abschlüsse bei vergleichbarer Begabung und Anstrengung nicht für alle Einwohner\_innen in gleichem Masse möglich. Obwohl viele Schulen Chancengleichheit als etwas sehr Wichtiges bezeichnen, hängen die Bildungschancen nach wie vor von leistungsfremden Kriterien wie Herkunft, Migrationshintergrund oder Geschlecht ab.

Ganz aktuelle Studien belegen wieder, dass bereits die Startchancen ungleich nach sozialer Herkunft verteilt sind. Nicht die Intelligenz, sondern die sozioökonomischen Ressourcen und das Aufwachsen in einem anregenden oder passiven Umfeld bringen «eine Schieflage» zugunsten der sozial privilegierten Kinder hervor. Die bei der Einschul-

ung bestehende Streuung in der Leistung weitet sich bis Ende der Primarschulzeit zu Ungunsten sozial benachteiligter Kinder sogar noch weiter aus: Akademikerkinder haben eine vier Mal höhere Chance, nach der Primarstufe auf eine Bezirksschule zu gelangen und eine sieben Mal höhere Chance, nach der obligatorischen Schulzeit die allgemeine Schulbildung an einer Kantonsschule fortzusetzen als Kinder von Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau. Dies steht im Widerspruch zu den in der Verfassung in Paragraph 8 verbrieften Gleichheitskriterien.

Bei der Chancengleichheit stellt sich die Frage, welche Bedingungen und Faktoren als legitime Festlegung von ungleichen Ergebnissen gelten dürfen (wie Anstrengung) und welche nicht akzeptiert werden (wie widrige Umstände). Diese gesellschaftlichen Verhältnisse mögen den privilegierten Gruppierungen nützen, aber insgesamt schaden sie der Allgemeinheit, der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eines Landes und gefährden auf die Dauer den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Die Schweiz kann und darf es sich nicht leisten, das Thema zu ignorieren. Als Standort für Forschung und Innovation hat das Land einen hohen Bedarf an qualifizierten Mitarbeitenden, Lehrenden und Forschenden bis hin zu Führungskräften. Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) hat zum Thema Ungleichheiten von Bildungschancen Ende 2018 bildungs- und sozialpolitische Empfehlungen auf nationaler und auf kantonaler Ebene veröffentlicht.

Im kantonalen Fachausschuss Bildung unserer Partei orientieren wir uns aktuell an den vier vom SWR empfohlenen Handlungsfeldern: (1) Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, (2) Beurteilung und Selektion, (3) Berufsbildung und Maturitätsquote und (4) Anteil Studierender an Hochschulen. Das bundesrechtliche Verfassungsziel muss erreicht werden. Die Politik ist gefordert, und ich möchte mich auf kantonaler und auch auf nationaler Ebene dafür einsetzen, dass wir der Chancengerechtigkeit Schritt für Schritt näherkommen: Chancengleichheit muss Realität werden!

## KOMMENTAR



## SP verlangt nach Bundesgerichts- urteil höhere Prämienverbilligung

Am 5. März 2019 hat die SP-Fraktion eine Motion und eine Interpellation betreffend Prämienverbilligung eingereicht. Mit der Motion wird der Regierungsrat «beauftragt, umgehend Massnahmen zu treffen und die gesetzlichen Bestimmungen bzw. das Dekret zu den individuellen Prämienverbilligungen so anzupassen», dass die Praxis der individuellen Prämienverbilligung im Aargau dem neuen Entscheid des Bundesgerichts entspricht und dass auch alle anderen gemäss KVG ebenfalls begünstigten Bevölkerungsgruppen angemessene Prämienverbilligungen bekommen.

Das Bundesgericht entschied am 22. Januar 2019, dass der Spar-Kanton Luzern die Einkommensgrenze zur Verbilligung der Krankenkassenprämien anheben muss. Auch im Aargau war die Prämienverbilligung einem Sparpaket zum Opfer gefallen. Nach dem Bundesgerichtsurteil vom Januar kann erwartet werden, dass der Kanton seine neue Sparpraxis korrigieren muss.

Mit der Interpellation will die SP vom Regierungsrat erfahren, wie dieser die Auswirkungen auf den Aargau beurteilt, wie viele Personen, auch Rentnerinnen und Rentner, auch rückwirkend zusätzliche Prämienverbilligungen erhalten würden und was dies kosten würde.

Am 29. März hat die Regierung in einer Medienmitteilung verlauten lassen, dass sie aufgrund des Bundesgerichtsurteils «eine Überprüfung der Einkommensgrenze im Kanton Aargau beim Departement Gesundheit und Soziales in Auftrag gegeben» hat. Wir warten nun auf die Konsequenzen der SP-Vorstösse im Grosse Rat. Gleichzeitig hat die SP Schweiz im Februar 2019 die Prämieninitiative lanciert.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.

Die Schweiz kann  
und darf es sich  
nicht leisten, die  
Chancenungleich-  
heit bei der Bildung  
zu ignorieren.

# Frauen\*streik: Bern organisiert und mobilisiert sich

**IN DER GANZEN SCHWEIZ LAUFEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN NATIONALEN FRAUEN\*STREIK VOM 14. JUNI 2019. AUCH IN DER STADT UND IM KANTON BERN TUT SICH ETWAS: DIE KOORDINATIONSGRUPPE BERN STECKT MITTEN IN DEN VORBEREITUNGEN. EIN EINBLICK UND AUFRUF.**

Seit letztem September vernetzen sich Frauen\* aus der Region Bern im Rahmen der Frauen\*streik-Koordination. Wir tauschen uns dort selbstorganisiert und gemeinschaftlich über unsere persönliche Motivation, Streikgründe und Forderungen aus, sammeln Ideen und planen Aktionen.

Unsere Frauen\*streik-Treffen sind für alle Frauen\* zugänglich – egal, ob sie politisch organisiert sind oder nicht – und in ihrer Vielfalt offen für unterschiedliche Lebens- und Arbeits-Erfahrungen sowie Herkunft. Jede von uns beteiligt sich auf ihre Art am Frauen\*streik und im eigenen Wirkungskreis sowie entsprechend ihren (zeitlichen) Möglichkeiten. Wir sind verschieden, aber solidarisieren uns und setzen uns gemeinsam ein: Gegen Diskriminierung und für echte Gleichstellung.

Auch wenn viele von uns in Gewerkschaften, Parteien und weiteren politischen Gruppen aktiv sind, legen wir an unseren Treffen Wert darauf, dass Frau\* für sich als Person spricht und nicht als Vertreterin



Nicole Cornu, Frauen\*streik-Koordinationsgruppe Bern

einer bestimmten Gruppierung. Dies ermöglicht unbürokratische Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Für uns ist der Frauen\*streik nicht nur ein Arbeitsstreik, sondern auch ein politischer und sozialer Streik. Je nachdem, wo wir sind und wie wir leben, streiken wir deshalb unterschiedlich. Am Arbeitsplatz,

**Für uns ist der Frauen\*streik nicht nur ein Arbeitsstreik, sondern auch ein politischer und sozialer Streik.**

zuhause und in der Öffentlichkeit. Es gibt viele Möglichkeiten, mitzumachen: von der klassischen Ar-

beitsniederlegung bis zum Tragen einer bestimmten Farbe oder eines Buttons, um sich zu solidarisieren.

Neben den monatlichen Treffen der Koordinationsgruppe organisieren wir Stammtische sowie Veranstaltungen oder Aktionstage, beispielsweise zum gemeinsamen Malen von Transparenten und Fahnen. Zur Regionalkoordination in Bern sind in der Zwischenzeit lokale Komitees in Thun, Biel, Kehrsatz, Köniz, Langenthal und im Berner Oberland dazugekommen. Auch mit Streikkollektiven der anderen Regionen sind wir gut vernetzt. Wir informieren und inspirieren uns gegenseitig und nehmen an nationalen Koordinationstreffen teil.

#### **Mach auch du mit**

Der Frauen\*streik lebt von uns allen. Bring dich in die regionale Streikkoordination Bern ein oder organisiere dich zusammen mit Arbeitskolleginnen, Freundinnen und Nachbarinnen. Wir unterstützen dich dabei! Gemeinsam mit euch möchten wir uns vernetzen, damit am 14. Juni möglichst viele Menschen im Kanton Bern Farbe bekennen und tatsächliche Gleichstellung einfordern.

Übrigens: In der Region Bern gibt's auch eine solidarische Gruppe namens «Männer\* für den Frauen\*streik». Diese plant eigene Aktionen, um den Frauen\*streik tatkräftig zu unterstützen. Interessierte melden sich bei: [soli@frauenstreiken.ch](mailto:soli@frauenstreiken.ch)

#### **Kontakt Streikkoordination Bern**

Die nächsten Gelegenheiten, uns zu treffen, bieten sich am Samstagabend 27. April an der Frauen\*streik-Bar im Progr-Innenhof und am Sonntag, 28. April, am Treffen der Streikkoordination Bern im Gemeinschaftsraum Warmbächli (Güterstrasse 8, Bern). Auf unserer Webseite finden sich unter «Agenda» weitere Veranstaltungen sowie die Möglichkeit, sich für unseren Newsletter anzumelden. Wir freuen uns auf euch!

[www.frauen-streiken.ch](http://www.frauen-streiken.ch)  
[wir@frauen-streiken.ch](mailto:wir@frauen-streiken.ch)  
[www.facebook.com/Frauenstreik](https://www.facebook.com/Frauenstreik)

**AUF ZUM  
FRAUEN  
STREIK**

# Recht haben und Recht bekommen ist nicht dasselbe

**DANK DER REVIDIERTEN EU-ENTSENDERICHTLINIE GILT DAS PRINZIP «GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT» AB 2020 AUCH IN DER EU. DER KONFLIKT UM DAS INSTITUTIONELLE ABKOMMEN IST DESHALB NICHT EINFACH ZU VERSTEHEN: STREBEN DIE EU UND DIE SCHWEIZ NICHT DASSELBE AN? DOCH AM ARBEITSPLATZ IST RECHT HABEN UND RECHT BEKOMMEN NICHT DASSELBE.**

## Recht bekommen durch individuelle Lohnklagen

Für liberale Juristen ist die Sache klar: Rechte werden durch Klagen durchgesetzt. Die Lohngleichheit für Mann und Frau wurde schon 1957 in den EU-Verträgen verankert. Seit 1996 gilt dieses Prinzip auch in der Schweiz. Dennoch wird es weder in der Schweiz noch in der EU durchgesetzt, weil viele aus Angst vor Repressalien darauf verzichten.

Bei entsandten Beschäftigten ist die Gefahr von Repressalien noch grösser. In Norwegen konnten Bauarbeiter, die im Auftrag eines spanischen Subunternehmers für den «roten» COOP arbeiteten, ausstehende Löhne erfolgreich einfordern. Nach ihrem Sieg verloren sie jedoch ihre Arbeit. Zudem kommt es meistens zu keinen Klagen, weil lokale Arbeitsrichter ausländischer Arbeitgeber ohne Firmensitz vor Ort kaum habhaft werden können.

Lohngleichheit wird besser mit kollektiven Aktionen durchgesetzt. Die flankierenden Massnahmen zum Freizügigkeitsabkommen (FlaM) sind ein Beispiel dafür, wie Lohngleichheit effektiv durchgesetzt wer-



Roland Erne ist Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am Jean Monnet Lehrstuhl des University College Dublin

den kann. Etwa hunderttausend Beschäftigte pro Jahr profitieren direkt von FlaM-Kontrollen und Lohnnachzahlungen. Für entsandte Beschäftigte ist der Schweizer Lohnschutz deshalb besser als anderswo. Das war nicht immer so.

## Recht bekommen durch Betriebsräte, Kontrollen und Kautionen

In Deutschland kann der Betriebsrat seine Zustimmung zu einer Einstellungsvertrag verweigern, wenn der Tarifvertrag verstösst. Solange fast alle Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsräten arbeiteten, wurden Löhne in der BRD besser geschützt als in der Schweiz. Heute arbeitet jedoch nur noch eine Minderheit in solchen Betrieben. Seit 2004 wurde zudem der Lohnschutz durch Öffnungsklauseln in Tarifverträgen und Hartz-Reformen weiter abgeschwächt. Deshalb waren Gewerkschaften immer weniger in der Lage, Löhne zu schützen. Des Weiteren tolerierten Betriebsräte unter Druck bisweilen sogar tiefere Löhne für manche Beschäftigte, um «ihre» Firma wettbewerbsfähig zu machen.

Die FlaM sind, im Gegensatz zu Deutschland, überbetrieblich organisiert: Firmen haben ein direktes Interesse an Lohnkontrollen, da diese sie vor unlauterem Wettbewerb schützt. Umgekehrt profitieren entsandte Beschäftigte von den FlaM, da diese es ihnen erlauben

*anonym* auf Lohnraub hinzuweisen. Die FlaM schützen Beschäftigte vor Racheentlassungen, da die paritätischen Kommissionen Lohnnachzahlungen erwirken können, ohne dass die Betroffenen selbst vor Gericht gehen müssen. Dies ist jedoch nur dank den Kautionen möglich, die Arbeitgeber von entsandten Beschäftigten hinterlegen müssen. Doch genau dies will das vorliegende Rahmenabkommen künftig verbieten!

## Kein nationaler, sondern ein sozialer Konflikt

Es überrascht kaum, dass die FlaM Wirtschaftsliberalen nicht passen, die Beschäftigte gegeneinander in Konkurrenz setzen möchten. Bei den FlaM geht es nicht um einen nationalen, sondern um einen sozialen Konflikt zwischen linker und rechter Arbeitspolitik. Am 26. März 2019 gelang es den Liberalen und der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, einen rot-grünen Antrag abzuwehren, der den Angriff auf die FlaM aus der Resolution zur Schweiz streichen wollte. Eine allfällige Ratifizierung des derzeit vorliegenden Rahmenvertrags durch das Europäische Parlament ist dennoch unsicher. Dafür müssen Liberale und EVP zuerst die EU-Wahlen im Mai gewinnen. Dies zu verhindern, ist im Interesse aller Beschäftigten, auch der 1,4 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Schweiz leben.

JA ZUR UMSETZUNG DER EU-WAFFENRICHTLINIE

# Weniger Waffen für weniger häusliche Gewalt

**DER HANDLUNGSBEDARF IM WAFFENBEREICH BLEIBT GROSS. NUR IN WENIGEN EUROPÄISCHEN LÄNDERN GIBT ES SO VIELE WAFFEN IN PRIVATBESITZ WIE IN DER SCHWEIZ. DIE MEISTEN IN DER SCHWEIZ VON PRIVATEN GEHALTENEN FEUERWAFFEN WERDEN WEDER FÜR BERUFLICHE NOCH FÜR SPORTLICHE ZWECKE GEBRAUCHT, SONDERN STEHEN IRGENDWO UNGENUTZT IM BESENSCHRANK ODER IM KELLERABTEIL. EINE GEFAHR SIND SIE TROTZDEM.**

## Die Anzahl Schusswaffen-Tote weiter senken

Die Schweiz belegt einen traurigen Spitzenplatz: Nur wenige Länder in Europa weisen eine derart hohe Waffendichte auf. Dies ist äusserst problematisch, denn die Wahrscheinlichkeit von Selbsttötungen und tödlichen Fällen häuslicher Gewalt ist in Haushalten mit Schusswaffen deutlich erhöht. Nicht zuletzt deswegen erarbeiteten Bundesrat und Parlament 1998 erstmals ein Waffengesetz auf Bundesebene. Dank sukzessiver Verschärfungen konnte die Anzahl Schusswaffen-Suizide und Schusswaffen-Tötungen seit damals mehr als halbiert werden. Trotz diesen eindrücklichen Zahlen hat die Waffenlobby jede Missbrauchsbekämpfung durch den Bund zu verhindern versucht.

Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, kein Privileg. Trotzdem bleibt dieses Grundrecht zahlreichen Menschen in ihren eigenen vier Wänden verwehrt. Alleine im Jahr 2016 starben in der Schweiz 19 Menschen infolge häuslicher Gewalt, davon 18 Frauen. Damit stirbt alle drei Wochen eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt. Der Satz «Ich weiss ja nicht, ob er irgendwann mit einer Waffe zurückkommt» ist einer, den ich von Frauen schon gehört habe – in meinem Umfeld. Die psychischen Folgen von häuslicher Gewalt sind oft fatal und können den Betroffenen, grossmehrheitlich Frauen, das Leben zur Hölle machen. Insbesondere die Androhung von Waffengewalt kann Frauen und

Kinder traumatisieren – Gleiches gilt für die Androhung von Suiziden. Und auch die Suizid-Statistik ist deutlich: Es sind vor allem Männer, die sich mit Schusswaffen das Leben nehmen. Zudem sind diese Handlungen oft spontan, sie werden ausgeführt, weil eine Waffe verfügbar ist. Aus Sicht der SP Frauen\* muss die Verfügbarkeit von Schusswaffen deswegen zwingend weiter eingeschränkt werden. Zurück bleiben sehr oft Frauen und Kinder.

## Ein Zeichen setzen

Die Anpassungen des Waffenrechts, über die wir am 19. Mai abstimmen, gehen eigentlich zu wenig weit. Das neue Gesetz sieht zwar vor, dass alle wesentlichen Bestandteile halbautomatischer Waffen einzeln markiert und registriert werden und halb-



Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen\* Schweiz

automatische Waffen nur noch mit einer Ausnahmegewilligung erhältlich sind. Obligatorische psychologische Tests für den Waffenkauf werden jedoch keine eingeführt und Ordnanzwaffen können nach Dienstende weiter bedingungslos übernommen werden. Umso mehr überrascht es, dass Waffenfanatiker und rechtskonservative Kreise das neue Waffengesetz mit teils haarsträubenden Argumenten bekämpfen.

Leider scheinen die Gegner erfolgreich zu sein. Die neuesten Umfragen zeigen, dass es sehr knapp wird. Eine Ablehnung der Vorlage wäre fatal. Nicht nur unsere Assoziation zu Schengen steht auf dem Spiel – ein Nein würde zukünftige Anpassungen beim Waffenrecht über Jahre hinaus verunmöglichen. Deshalb sind wir SP Frauen\* der Überzeugung, dass wir alles daransetzen müssen, um am 19. Mai ein deutliches Zeichen für ein fortschrittliches Waffenrecht zu setzen. Unsere Botschaft ist klar: Weniger Waffen. Weniger Waffengewalt. JA zum Waffengesetz!

## WAS SICH ÄNDERT



Wer eine halbautomatische Waffe erwerben will, braucht dafür eine Ausnahmegewilligung.



Wer eine Ausnahmegewilligung erhalten hat, muss nach fünf bzw. zehn Jahren nachweisen, dass die Waffe noch immer für den deklarierten Zweck gebraucht wird.



Wer vor 2008 Sturmgewehre erhalten oder erworben hat, muss diese innert dreier Jahre den Behörden melden.

In Zukunft müssen alle wichtigen Bestandteile einer Waffe markiert werden.



Die Waffenhändler müssen ihre Meldungen elektronisch übermitteln.

# Mehr Sicherheit dank Schengen

**MIT DER WEITERENTWICKLUNG DES SCHENGEN-BESITZSTANDS SOLLEN DIE TERRORBEKÄMPFUNG UND DER SCHUTZ VOR SCHUSSWAFENANGRIFFEN VERSTÄRKT WERDEN. BEFÜRWORDERINNEN UND BEFÜRWORDER EINES LIBERALEN WAFENRECHTS HABEN DAS REFERENDUM DAGEGEN ERGRIFFEN, WELCHES DIE WEITERE TEILNAHME DER SCHWEIZ AM SCHENGEN-STRAFVERFOLGUNGSRaum IN GEFAHR BRINGT. LETZTLICH GEHT ES DARUM, DASS DER ERWERB UND DER BESITZ VON GEFÄHRLICHEN – NAMENTLICH SO GENANNTEN HALBAUTOMATISCHEN – FEUERWAFEN RESPEKTIVE VON BESTANDTEILEN SOLCHER WAFEN EINGESCHRÄNKT WERDEN.**

Die Schweiz hat bei den Verhandlungen über die Umsetzung der geänderten EU-Waffenrichtlinie namhafte Ausnahmen herausgeholt, die eigentlich dazu führen, dass gar keine wirkungsvolle Umsetzung mehr gegeben ist. So wird die Abgabe der Ordonnanzwaffe an Angehörige der Armee gänzlich vom Verbot ausgenommen. Eine Ausnahmebestimmung ist auch mit Bezug auf das Schützenwesen vorgesehen. Dieses bleibt weiterhin uneingeschränkt möglich. Vorausgesetzt ist einzig, dass der betreffende Schütze Mitglied eines entsprechenden Vereins ist oder darlegen kann, dass er regelmässig dem sportlichen Schiessen nachgeht. Der Schutz vor halbautomatischen Waffen ist daher in der Schweiz auch mit der neuen Richtlinie nicht wirklich gewährleistet.



Daniel Jositsch, Ständerat ZH

## Der Schengen-Strafverfolgungsraum

Die Umsetzung der geänderten Waffenrichtlinie könnte daher eigentlich primär von den Befürwortern eines restriktiven Waffenrechts bekämpft werden. Aus Sicht derjenigen, die mehr Schutz vor Terrorismus und Schusswaffenübergriffen erreichen möchten, geht die Umsetzung eigentlich zu wenig weit. Denn in der Schweiz ändert sich mit Bezug auf die hoch wirksame Armeewaffe und das Schützenwesen faktisch nichts. Das Referendum haben aber erstaunlicherweise die Befürworter eines liberalen Schützenwesens ergriffen, da ihnen der zusätzliche administrative Aufwand zu gross ist.

Letztlich bleibt deren Widerstand gegen die Umsetzung unverständlich. Denn statt sich darüber zu freuen, dass die Schweiz eine aus Sicht der Schützinnen und Schützen völlig harmlose Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie erreicht hat, stellen sie mit dem Referendum die Teilnahme der Schweiz am Schengen-Strafverfolgungsraum grundsätzlich in Frage. Damit erscheint das Referendum nicht nur als Zwängerei gegen eine durchaus harmlose Anpassung des Schengen-Besitzstands, sondern geradezu als verantwortungslos. Denn die zukünftige Teilnahme der Schweiz am Schengen-Raum ist untrennbar mit der Übernahme der Waffenrichtlinie verbunden. Das Schengen-

Strafverfolgungssystem ermöglicht die Teilnahme der Schweiz am europäischen Schengener Informationssystem (SIS), einem elektronischen Fahndungsverbund, der es uns ermöglicht, die grenzüberschreitende Kriminalität grenzüberschreitend zu bekämpfen. Mit Blick auf eine wirkungsvolle Strafverfolgung ist es fahrlässig, die Teilnahme am Schengen-Raum aufs Spiel zu setzen, um die geringfügigen Einschränkungen im Schiessenwesen, die sich durch die EU-Waffenrichtlinie ergeben, zu verhindern.

Das Schengener Abkommen beinhaltet zudem die grundsätzliche Abschaffung von Personenkontrollen an den Landesgrenzen. Einkaufen in Lörrach, ein Tagesausflug nach Milano, von Mulhouse aus in die Ferien – dies alles wäre nicht mehr so einfach wie heute. Setzt die Schweiz die EU-Waffenrichtlinie nicht um, hätte dies also mehrere negative Auswirkungen auf Sicherheit, Wirtschaft und Reiseverkehr.

## Terrorismus und internationale Zusammenarbeit

Schusswaffen stellen eine Gefahr dar und können für kriminelle Handlungen und damit auch für Terroranschläge verwendet werden. Die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands dient der Terrorbekämpfung, indem es potentiellen Terroristen erschwert wird, an besonders gefährliche Schusswaffen zu gelangen.

Schliesslich gilt es zu berücksichtigen, dass die Anpassung der EU-Waffenrichtlinie Teil des gesamteuropäischen Schutzes gegen Terrorismus darstellt. Es wäre ein denkbar falsches Zeichen, wenn wir beim international organisierten Terrorismus auf internationale Zusammenarbeit verzichten würden.

## DARUM GEHT ES

Die Schweiz will die Änderung der EU-Waffenrichtlinie im nationalen Recht umsetzen, eine kleine rechtsbürgerliche Minderheit sieht durch die Gesetzesrevision jedoch die «Schweizer Schiessstradition» gefährdet und hat das Referendum ergriffen. Die Gründe des Referendumskomitees sind schwer nachvollziehbar: Wer für den Schiesssport ein Sturmgewehr braucht, wird dieses nach Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie weiterhin problemlos erhalten. In Zukunft müssen aber alle wesentlichen Bestandteile halbautomatischer Waffen einzeln markiert, registriert und damit rückverfolgbar gemacht werden. Das erhöht europaweit die Chance, mit solchen Waffen begangene Verbrechen aufzuklären zu können.

JA ZUR AHV-STEUVORLAGE

# Zwei Milliarden für die AHV

EINE ZUSATZFINANZIERUNG DES WICHTIGSTEN SOZIALWERKES DER SCHWEIZ IST BITTER NÖTIG, UM DESSEN FORTBESTAND WEITERHIN GARANTIEREN ZU KÖNNEN. DIE AHV-STEUVORLAGE VERSCHAFFT DER AHV FÜR DAS KOMMENDE JAHRZEHT LUFT.



Paul Rechsteiner,  
Ständerat SG

Die AHV ist unsere zentrale Sozialversicherung: das Herz des Sozialstaats Schweiz. Die AHV sorgt für einen sozialen Ausgleich und ist gleichzeitig leistungsfähig wie keine andere Sozialversicherung. Im Gegensatz zu den Pensionskassen gibt es bei der AHV auch einen Teuerungsausgleich. Für grosse Teile der Bevölkerung ist die AHV im Alter unverzichtbar.

Aber jetzt braucht die AHV eine Zusatzfinanzierung, weil sie die steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentner finanzieren muss. Ein Ja zur AHV-Steuvorlage bringt der AHV zwei Milliarden Franken pro Jahr. Und wegen der positiven Dynamik der Finanzierung für die Zukunft noch mehr. Die Zusatzfinanzierung der AHV ist auch überfällig, weil die Renten der Pensionskassen sinken. Aus all diesen Gründen muss die AHV wieder gestärkt werden.

## Finanzierung der Vorlage

Finanziert werden die zwei Milliarden Franken aus zwei Quellen: Erstens kommt das seit zwanzig Jahren erhobene Mehrwertsteuerprozent für die AHV endlich auch vollständig der AHV zugute. Und es werden nicht noch 17% vom Ertrag für die Bundeskasse abgezweigt. Auch die leichte Erhöhung des Bundesanteils an der Finanzierung der AHV auf gut 20% ist eine gute Sache.

Positiv zu werten ist ebenfalls die leichte Erhöhung der Lohnbeiträge an die AHV um 0,3% (je 0,15% Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag). Dabei sind nicht nur Arbeitgeberbeiträge sozialpolitisch wirksam, sondern auch die Arbeitnehmerbeiträge: Wegen der gegen oben unbeschränkten Beitragspflicht bekommen 92% der Steuerpflichtigen mehr, als sie einzahlen. Die AHV bewirkt damit nicht nur ein wichtiges Stück Grundversicherung im Alter, sondern leistet auch einen

unverzichtbaren Beitrag für die soziale Umverteilung in unserem Land.

## Die Zukunft der AHV

Die Zusatzfinanzierung sorgt für eine solide Finanzierung der AHV auch in Zukunft. Es ist wichtig, dass die AHV weiterhin schwarze statt rote Zahlen schreibt. Erstens schafft das Sicherheit für alle, die heute oder später einmal auf eine Rente angewiesen sind. Das sind wir alle. Und zweitens ist es für die kommenden Auseinandersetzungen um die Altersvorsorge wie Tag oder Nacht, ob die AHV chronische Defizite schreibt oder nicht. Diese Auseinandersetzungen um die Altersvorsorge werden uns zwar auch mit der Annahme der AHV-Steuvorlage nicht erspart bleiben. Denn die AHV steht wie keine andere Sozialversicherung im Zentrum der sozialpolitischen Konflikte. Leute wie Sergio Ermotti, CEO der UBS, werden auch in Zukunft nicht aufhören, die AHV schlecht- und ihren drohenden Untergang herbeizureden. Dies geschieht aus durchsichtigen Gründen: Herr Ermotti zahlt mit seinem Salär weit mehr in die AHV ein, als er je bekommen wird.

Mit schwarzen Zahlen sind die Sozialabbauer und die Untergangsprophetinnen der AHV aber auf verlorenem Posten. Mehr noch: Mit einem Ja zur Zusatzfinanzierung gibt es für die in Zukunft wieder nötige Stärkung der AHV neue Perspektiven. Diese Feststellung ist nicht übertrieben, weil sich mit der Zusatzfinanzierung die Zukunft der AHV für die kommenden Jahre entscheidet. Ohne Zusatzfinanzierung drohen rote Zahlen und Abwehrkämpfe unter schwierigen Bedingungen. Mit der Zusatzfinanzierung eröffnen sich auch wieder Chancen für sozialen Fortschritt.

Der Steueranteil der Vorlage mag keine Begeisterung erzeugen. Immerhin ist er besser als der Status quo. Die AHV-Zusatzfinanzierung ist aber für die Bevölkerung rundherum positiv. Und für die Zukunft der AHV ist sie elementar: Die AHV braucht die zwei Milliarden.



## DARUM GEHT ES

Gegen das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung wurde das Referendum ergriffen. Die AHV-Steuvorlage beinhaltet die Aufhebung heutiger Steuerprivilegien für internationale Unternehmen und eine Zusatzfinanzierung von jährlich 2 Milliarden Franken zur Stabilisierung der AHV. Die Zusatzfinanzierung der AHV geschieht über eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3% und höhere Beiträge aus der Bundeskasse. Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wird von 17 auf 21,2% angehoben. Ziel ist es, ein international konkurrenzfähiges Steuersystem für Unternehmen zu schaffen und einen Beitrag zur Sicherung der AHV-Renten zu leisten.

# Würdigung der AHV-Steuervorlage: «Take it and run!»

**DIE AHV-STEUERVORLAGE BRINGT UNS VIELES VON DEM, WAS WIR SCHON IMMER GEFORDERT HABEN. DESHALB IST SIE VOR ALLEM AUS DER PERSPEKTIVE DER SP EIN GUTER KOMPROMISS.**



Jacqueline Badran,  
Nationalrätin ZH

Blicken wir zurück: In den letzten 20 Jahren haben wir in der Steuerpolitik vor allem Kapital entlastet und dafür Arbeit und Konsum belastet. Mit der Unternehmenssteuerreform I (USR I) von 1998 wurden die heute so verpönten Steuer-Privilegien für Konzerne eingeführt und die Kapitalsteuer (Steuer auf Eigenkapital, «Vermögenssteuer für Kapitalgesellschaften») auf Bundesebene abgeschafft. Mit der USR II von Bundesrat Hans-Ruedi Merz wurden Kapitalerträge, sogenannte Dividenden, privilegiert bzw. tiefer besteuert und das Kapitaleinlageprinzip eingeführt. Die USR III schliesslich – von der SP erfolgreich bekämpft – überbordete, indem man zwar die verpönten Privilegien für Konzerne abschaffen, dafür aber zig neue einführen wollte.

## Verbesserungen gegenüber vergangenen Reformen

Nun kann man auch im demokratischen System Reformen auf zwei Arten durchführen: Disruptiv und schockartig, wie eine ersatzlose Streichung der Steuerprivilegien, so wie es die Gegner der STAF fordern. Oder man kann schrittweise aus einem falschen System aussteigen. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Die STAF bringt nämlich – anders als die USR III – eine Teil-Rückgängigmachung der drei Steuerreformen. Also genau das, wofür wir gekämpft haben. Sie bringt die Abschaffung der verpönten Statusprivilegien aus der USR I, eine Teilrevision und Teilgegenfinanzierung via eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung und (wer hätte das gedacht) eine Einschränkung des Kapitaleinlageprinzips aus der USR II. Und drittens reduziert sie die neuen Privilegien aus der USR III auf das Notwendige. Nämlich vor allem auf zwei Instrumente, die mehr oder weniger in ganz Europa angewandt werden und erst noch an reale Arbeitsplätze gekoppelt sind: den Forschungs- und Ent-

wicklungsabzug und die tiefere Besteuerung von Patenteinnahmen (Patentbox). Anders ausgedrückt: Die STAF bringt eine Steuerharmonisierung auf internationaler Ebene, was die Linke schon immer gefordert hat. Die Teil-Rückgängigmachung der letzten Steuerreformen und die Harmonisierung sind allein schon gute Gründe, der Vorlage zuzustimmen.

Zudem: Jetzt bekommen wir das erste Mal seit 45 Jahren noch Lohnbeiträge für die AHV hinzu – und das ohne Abbau auf der Leistungsseite! Lohnbeiträge sind für die arbeitende Bevölkerung die kostengünstigste (im Gegensatz zur Mehrwertsteuerfinanzierung), die effizienteste und die gerechteste AHV-Finanzierung. Allein deshalb sollten wir sagen: «Take it and run!» Denn das bekommen wir nicht so schnell wieder.

## Internationaler und interkantonaler Steuerwettbewerb

Und wohin sollten wir rennen? An die zwei Orte, wo die Musik spielt: Auf der internationalen Ebene in der OECD müssen wir die Steuervermeidungsstrategien weiter vermindern. Da kann gerade die Schweiz eine aktive Rolle spielen. Und in die Kantone. Dort müssen wir dafür sorgen, dass nicht überbortet wird. Indem wir mit der STAF die beiden neuen Instrumente (Patentbox, F&E-Abzug) ermöglichen, müssen die Kantone den allgemeinen Gewinnsteuersatz nämlich nicht so stark senken wie ohne diese Instrumente. Denn nicht der internationale Steuerwettbewerb ist unser Problem, sondern der interkantonale. Die Unternehmen würden nämlich nicht ins Ausland flüchten, sondern in den steuergünstigsten Kanton. Sich gegenseitig Steuersubstrat abluchsen und vernichten nennt man «z'Leid werche» und nicht «Steuerwettbewerb». Das muss aufhören. Und genau dorthin wird die SP rennen.

Als Konsequenz bleibt: So, wie wir schrittweise eingestiegen sind, steigen wir schrittweise aus einem System aus, das Kapitaleinkommen begünstigt und Arbeitseinkommen benachteiligt. Wir kehren zurück zum Erfolgsmodell Schweiz, das über Jahrzehnte gegolten hat: Die tiefe Besteuerung von Arbeit und Konsum und eine hohe Besteuerung von Kapital, kombiniert mit einer Sicherung der Einkommen im Alter und bei Invalidität. Take it and run!



**AM 26. FEBRUAR HAT DIE SP DIE PRÄMIEN-ENTLASTUNGS-INITIATIVE AUF DEM WAISENHAUSPLATZ IN BERN AUF SPIELERISCHE UND ERNSTHAFTE ART UND WEISE LANCIERT: MIT EINEM GELUNGENEN SCHAUSPIEL, EINER PRESSEKONFERENZ UND ERSTEN UNTERSCHRIFTEN. DIE LANCIERUNG WAR EIN ERFOLG.**



Immer mehr Menschen versammeln sich auf dem Berner Waisenhausplatz.



JUSO-Präsidentin Tamara Funciello, Grossrat David Stampfli, Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler und Zentralsekretärin der SP Frauen\* Gina La Mantia sind ebenfalls an die Prämienlast gekettet.



Nationalrätinnen Barbara Gysi und Brigitte Crottaz im Einsatz.



Nationalrätin Brigitte Crottaz informiert über die Initiative.



Pauline Crettol, Mitarbeiterin im Zentralsekretariat, erklärt Passantinnen die Initiative und sammelt erste Unterschriften.



Nationalrat Angelo Barrile im Gespräch mit Medienschaffenden.

# MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

## 100 Jahre Erfolgsgeschichte für Arbeitnehmende: die International Labour Organisation (ILO)

B2.2.1901

### Eine Tagung von Movendo und dem Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB).

25. Juni 2019, Hotel Kreuz, Bern  
 Inhalt: Bedeutung der ILO für Arbeitnehmendenschutz und Sozialstandards weltweit und in der Schweiz, Funktion der ILO, Resultate der ILO-Konferenz 2019, Zukunft der ILO  
 ReferentInnen:

siehe [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)

### Zivilcourage im Gewerkschaftsalltag

D1.8.1909  
 14. Mai und 11. Juni 2019, Vatter Business Center, Bern  
 Inhalt: Konzepte der Zivilcourage; Eskalation und Deeskalation; Übungen anhand von Fallbeispielen der Teilnehmenden: Umgang mit Vorgesetzten, HR, KollegInnen; Gewerkschaftsrechte  
 ReferentInnen: Andi Geu (Soziologe), Katalin Suter (Erwachsenenbildnerin)

### Mitglieder werben, Gewerkschaft im Betrieb stärken

D1.8.1913  
 27./28. Mai 2019, Hotel Boldern, Männedorf  
 Inhalt: Mitgliederwerbung, -gewinnung und -bindung, Unterstützung im eigenen Betrieb, praktische Übungen  
 ReferentInnen: Mireille Eva Gugolz (Schauspielerin und Erwachsenenbildnerin), Tania Weng-Bornhohl (Betriebswirtschaftlerin), Maurizio Maggetti-Waser (Movendo)

### Gesundbleiben am Arbeitsplatz: stehende Berufe

D2.2.1906  
 4. Juni 2019, Restaurant Aarhof, Olten  
 Inhalt: Körperhaltung, Umgang mit Stress, Ernährung, Ergonomie im Arbeitsalltag  
 Referentin: Daniela Biberstein (Ergonomistin)

### Kommunikation – Grundlagen-seminar

D2.4.1902  
 17./18. Juni 2019, Hotel Toggenburgerhof, Kirchberg SG  
 Inhalt: Kommunikationsmodelle, Gesprächsstile, Diskussionsstrategien  
 Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

## AGENDA 2019

**18. MAI**  
 Mitgliederkonferenz  
 SP MigrantInnen

**19. MAI**  
 Abstimmungen

**25. MAI**  
 Mitgliederkonferenz SP60+  
 Hotel National, Bern

**1. JUNI**  
 Wahlkampfauftakt SP Frauen\*  
 10.15 – 18 Uhr, Bern

**14. JUNI**  
 Frauenstreik

**8. – 11. AUGUST**  
 Sommeruni, Chandolin VS

**20. OKTOBER**  
 Eidgenössische Wahlen

**2. NOVEMBER**  
 Herbstanlass SP60+

**16. NOVEMBER**  
 Mitgliederversammlung  
 SP Frauen\*

**30. NOVEMBER**  
 Delegiertenversammlung

[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)

[www.europawahlen2019.ch](http://www.europawahlen2019.ch)

europa  
 wahlen 19

# GEMEINSAM FÜR EIN STARKES UND SOZIALES EUROPA

23. – 26. Mai 2019

Es zählt auch die Stimme der  
 EU-Bürgerinnen und -Bürger in  
 der Schweiz!



## PLAUSCH- FUSSBALLTURNIER

Sonntag, 26. Mai 2019, Bifang Olten



- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- Gespielt wird auf kleinem Feld
- Der Plausch steht an erster Stelle
- weitere Infos folgen
- Anmeldungen an: [urs.huber@sev-online.ch](mailto:urs.huber@sev-online.ch)



Sozialdemokratische Partei der Stadt Olten und der Amtei Olten Gösigen  
 Junge SP Region Olten





**AHV  
STÄRKEN**



**GROSS-  
KONZERNE  
HÖHER  
BESTEUERN**

**JA** ZUR AHV-  
STEUERVORLAGE

SP